



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag

Christiane Böhm (DIE LINKE), Elisabeth Kula (DIE LINKE) und Fraktion

Personalsituation in den hessischen Unikliniken

Vorbemerkung:

In den vergangenen Wochen häufen sich Meldungen zu massiven personellen Missständen am Universitätsklinikum Frankfurt (UKF) und am Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM), die zugrundeliegenden Missstände sind jedoch schon seit Jahren bekannt. So wurde ein Brandbrief von Beschäftigten der Intensivstationen B3/C1 des UKF bekannt, der auf starke Überlastungssituationen hinwies. Bezüglich des UKGM wurde der geschlossene Verlust des Pflegepersonals auf einer Station, Beschwerden von Assistenzärztinnen und -ärzten sowie eine Auseinandersetzung über Anwerbeprämien für Pflegepersonal bekannt.

Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund ersucht, in einer gemeinsamen Sondersitzung vom Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst dringlich und öffentlich zu berichten:

Situation auf den Stationen B3/C1 des UKF


1. Wie nimmt die Landesregierung zu den Beschwerden der 150 Beschäftigten der Stationen B3 und C1 des UKF Stellung?
2. Wie hat Frau Staatsministerin Dorn auf den auch direkt an sie adressierten Brandbrief reagiert?
3. Welche Maßnahmen wurden seitens des UKF ergriffen, um die beklagten Mängel umgehend abzustellen?
4. Wie hat das Land das UKF dabei unterstützt?
5. Beabsichtigt die Landesregierung ggf. auch landesseitig Freihaltepauschalen für die Corona-Schwerpunktkliniken zu finanzieren, um bei steigenden Intensivbelegungen Personal von Mehrfachbelastungen und Überlastungen freizuhalten?
6. Wann findet die geforderte flexible Bettenanpassung auf den genannten Stationen statt, so dass eine Betreuung von 1:2 stattfinden kann?
7. Ist geplant, die Zeiten der Übernahmen des internistischen Schockraums gänzlich von der B3 an andere Bereiche im Klinikum abzugeben? Wenn ja, ab wann? Wie wird dies personell abgesichert?
8. Ist vorgesehen, den Patiententransport wieder aus der Zuständigkeit der genannten Stationen zu nehmen, um die Pflegekräfte zu entlasten? Wird es für diesen Bereich dann mehr Personalstellen geben?
9. Welche weiteren Tätigkeiten, die aktuell nicht fachlich begründet der Pflege zugeordnet sind, sollen anderen Berufsgruppen übertragen werden? Sind dann dort Personalaufstockungen vorgesehen?

10. Nach Auskunft der Betroffenen besteht auch weiterhin überwiegend eine 1:3-Betreuung. Damit ist u.a. eine gute Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen nicht möglich. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um eine geregelte gute Einarbeitung von neuen Kolleginnen und Kollegen zu ermöglichen, so dass sowohl für die Pflegenden, als auch für Patientinnen und Patienten die höchst mögliche Qualität und Sicherheit gewährleistet ist?
11. Wann wird regulär ein Angebot für Supervision während statt nach der Arbeitszeit gemacht? Ist das Land bereit die Kosten hierfür zu tragen?
12. Zurzeit läuft die Tarifrunde der Länder, die auch das Tarifgeschehen am UKF tangiert, auch wenn Hessen die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) verlassen hat.
 - a) Wie wirkt das Land in dieser Situation auf die TdL ein, um die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen?
 - b) Wie steht die Landesregierung zu den Forderungen 300€ für jeden mehr und der Einrichtung eines Gesundheitstischs?
 - c) Welche zusätzlichen finanziellen Mittel ist die Landesregierung bereit für das Personal am UKF zur Verfügung zu stellen?

Situation am UKGM

1. Wie nimmt die Landesregierung zum gemeinsamen Ausscheiden von 15 von 16 Personen des Pflegepersonals auf einer Station am Klinikstandort Marburg Stellung?
2. Hält sie dies für eine typische Entwicklung im Vergleich zu anderen Kliniken?
3. Wie nimmt die Landesregierung zu Beschwerden von Assistenzärztinnen und -ärzten der Kinderklinik in Marburg Stellung?
4. Sind die benannten Verstöße gegen die Patientensicherheit und die UN-Kinderrechtskonvention aus Sicht der Landesregierung hinnehmbar?
5. Wie nimmt die Landesregierung zu den Anwerbeprämien für Pflegekräfte in Höhe von 5.000 Euro am Klinikstandort Gießen Stellung?
6. Ist aus Sicht der Landesregierung zielführender mit vernünftigen Arbeitsbedingungen und guter Entlohnung Pflegekräfte zu halten oder mit Einmalprämien anderen Krankenhäusern Pflegekräfte abzuwerben?
7. Erkennt die Landesregierung anhand dieser und zahlreicher früherer Beschwerden ein systemisches Problem am privatisierten UKGM? Wenn nein, wie wird eine solche Häufung sonst erklärt?
8. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die fortgesetzten Probleme am UKGM zu lösen, Personalfuktuation zu reduzieren und das UKGM zu stabilisieren?
9. Wie steht die Landesregierung zu den Ergebnissen des Rechtsgutachtens zu den rechtlichen Möglichkeiten einer Rücküberführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum von Prof. Dr. Joachim Wieland?
10. Wird die Landesregierung auch weiterhin bei der Beantwortung von Anfragen und Berichtsanträgen unhinterfragt Aussagen der UKGM-Geschäftsführung wiedergeben, die seit Jahren die vorhandenen Probleme kleinreden zu suchen, oder diese beispielsweise durch Rückfragen beim Betriebsrat validieren?

Wiesbaden, den 05.11.2021



Christiane Böhm



Elisabeth Kula
Die Fraktionsvorsitzende